

den Schutt, klopften Steine und schufen in kleinen Schritten Voraussetzungen für erste Wiederaufbau-maßnahmen.

Zwischen 1946 und 1948 spitzte sich durch zwei strenge Winter in Folge die Lage noch einmal zu. Die dringend benötigte Hilfe kam schließlich aus Übersee. Um den Menschen im kriegsverwüsteten Europa beizustehen, hatten sich 22 US-Wohlfahrtsorganisationen 1945 zu einer Initiative zusammengeschlossen, deren Kurzname CARE („Cooperative for American Remittances to Europe“) im Englischen zugleich „Fürsorge“ bedeutet. Ab Februar 1946, millionenfach bis 1949 und bis in die späten 50er-Jahre wurde auch Deutschland mit ihren Hilfslieferungen bedacht - nicht allerdings die SBZ, da entsprechende Verhandlungen mit der sowjetischen Seite gescheitert waren. Unterstützung kam auch von anderen Hilfsorganisationen, aber vor allem die Erinnerung an die CARE-Pakete ging ins kollektive Gedächtnis der Westdeutschen ein.

Um die drängendsten Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben bewältigen zu können, mussten die Besatzer Einheimische zur Mitwirkung heranziehen. In den Westzonen griff man dabei oft auf „Weiße Listen“ mit den Namen politisch nicht belasteter Personen

zurück, in der SBZ vor allem auf Kommunisten, die aus dem (sowjetischen) Exil zurückgekehrt waren. Unter alliierter Kontrolle entstanden in allen vier Zonen außerdem ab 1945 wieder Parteien. Zu den Neugründungen gehörten die CDU und in Bayern ihre künftige Schwesterpartei, die CSU. Andere Parteien gingen auf die Zeit der Weimarer Republik zurück. Für die reorganisierte traditionsreiche SPD kam es zur Spaltung: In der SBZ vereinigte sie sich 1946 unter sowjetischem Druck mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Verschiedene liberale Parteien der westlichen Besatzungszonen schlossen sich 1948 zur FDP zusammen. Die Wiederentstehung einer Parteienlandschaft war Voraussetzung für Wahlen auf Kommunal- und Länderebene, wie sie ab 1946 stattfanden.

Neben dem politischen entfaltete sich - ebenfalls unter Aufsicht und Einflussnahme der Alliierten - auch das kulturelle Leben erneut. In den Westzonen erteilten die Besatzer politisch unbedenklichen Personen Publikationslizenzen.

So entstanden kurz nach Kriegsende viele der Presseorgane, die



Das 1948 eingeführte Papiergeld wurde in den USA gedruckt. Dieser 20-D-Mark-Schein war bis 1951 gültig.

später die Medienlandschaft der Bundesrepublik prägen sollten. Typisch für jene Jahre waren auch anspruchsvolle Debatten in politisch oder philosophisch ausgerichteten Zeitschriften. Wichtigstes Medium im Informations- wie auch im Unterhaltungsbereich wurde und blieb für etliche Jahre jedoch der Rundfunk, den die Alliierten in ihren jeweiligen Zonen praktisch neu einrichteten.

ten von in der NS-Zeit verfeimten Vertretern der Bildenden Künste gezeigt, und die Theater boten neben neuen Stücken und Klassikern Dramen zuvor verbotener Autoren. Ein Werk, das viele Menschen berührte, war Wolfgang Borcherts auch verfilmtes Hörspiel und Bühnenstück „Draußen vor der Tür“

Nach der Währungsreform 1948 füllten sich viele Geschäfte schlagartig mit Waren.



Eine feste Größe der Kulturlandschaft wurde mit der Zeit die von Hans Werner Richter initiierte „Gruppe 47“. Der Kreis von Literaten, dem auch die späteren Nobelpreisträger Heinrich Böll und Günter Grass angehörten, sollte seine jährlichen Treffen bis 1967 fortsetzen. Zu besonderer Blüte gelangte rasch das politische Kabarett. Der Jazz fand begeisterte Anhänger. Ab 1946 wurden wieder Arbei-

von 1947 über einen Kriegsheimkehrer, der im Leben keinen Platz mehr findet. Den größten Bühnenerfolg der Nachkriegszeit hatte allerdings Carl Zuckmayer. In seinem Stück „Des Teufels General“ stellte er einen unpolitischen NS-Fliegerhelden als eine unschuldig in Schuldhaftes verstrickte Figur dar, mit der sich damals viele gern identifizierten.

### 3. Ein Jahrzehnt des Umbruchs 1961-1968



Blick von Westen auf das Brandenburger Tor, 1962.

## Die Mauer durch Berlin

Die politischen und wirtschaftlichen Erfolge, auf die die Bundesrepublik Deutschland nach dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens verweisen konnte, verliehen ihren Bürgern wachsendes Selbstbewusstsein. Eine gewisse Rolle spielte dabei auch der vergleichende Blick in die europäischen Länder unter sowjetischer Hegemonie. Wie unzufrieden dort viele

der 60er-Jahre überschritt hier noch täglich rund eine halbe Million Menschen die Sektorengrenze. Viele von ihnen pendelten zwischen ihrem Wohnsitz im einen und dem Arbeitsplatz im anderen Teil der Stadt. Für die DDR war die Fluchtbewegung blamabel, vor allem aber wirtschaftlich verheerend, denn zu denen, die dem Land den Rücken kehrten, gehörten viele junge Menschen und viele gut qualifizierte Arbeitskräfte. Die DDR-Führung entschied

Nichts als Herabwürdigung habe die deutsche Frau von den Nationalsozialisten zu erwarten: Dies erklärte 1932 in Vorträgen und einer Broschüre die junge Juristin **Elisabeth Schwarzhaupt** (1901-1986). Noch war sie als „beauftragter Richter“ tätig. 1933 schlossen die Nationalsozialisten Frauen vom Richteramt aus.

Ab 1935 und nach dem Krieg arbeitete Schwarzhaupt für die evangelische Kirche. 1945 trat sie in die CDU ein. 1953 bis 1969 war sie Bundestagsabgeordnete, 1957 bis 1961 auch stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Grundsätzlich konservativ eingestellt, wandte sich Schwarzhaupt gegen familienrechtliche Bestimmungen, die der im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung widersprachen. 1957 stimmte sie im Rechtsausschuss in der Frage des Stichentscheides in der Ehe (der dem Mann in allen die Ehegatten betreffenden Angelegenheiten das letzte Wort gab) gegen die CDU/CSU für einen dann berücksichtigten Änderungsantrag der FDP.

Unter dem Druck der übrigen weiblichen CDU/CSU-Abgeordneten rief Adenauer sie am 14. November 1961 als erste Frau ins Kabinett. Bis zum Ende der Regierung Erhard 1966 war Schwarzhaupt Bundesgesundheitsministerin.



Elisabeth Schwarzhaupt wird als erste Bundesministerin von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier vereidigt.

mit der ökonomischen und politischen Situation waren, hatten die Aufstände in der DDR (1953) und in Ungarn (1956) gezeigt.

Ein weiteres Indiz war die Zahl derjenigen, die seit 1949 aus dem östlichen in das westliche Deutschland flohen. Von Jahr zu Jahr reichte sie von über 100.000 bis zu weit über 300.000 Personen. Das entscheidende Schlupfloch war Berlin. Zu Beginn

daher, die Grenze mit Einverständnis Moskaus komplett abzuriegeln.

Niemand habe die Absicht, eine Mauer zu bauen: Dies beteuerte der Staats- und Parteichef der DDR Walter Ulbricht noch am 15. Juni 1961 auf einer internationalen Pressekonferenz. Knapp zwei Monate